

Rede des Vorsitzenden der Linksfraktion, Helmut Holter, am Parteitag der Partei DIE LINKE, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, am 24. November 2013 in Greifswald

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,
liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,

es ist ein Skandal, dass der Ministerpräsident und die fachlich zuständige Arbeitsministerin dieses Landes zum Ende der Transfergesellschaft auf der Volkswerft Stralsund schweigen. Dabei geht in Stralsund die Angst um. Die Stadt, die Region und ganz Vorpommern bangen und hoffen um die Zukunft der Volkswerft. Solidarität mit den von Arbeitslosigkeit Betroffenen und ihren Familien sieht anders aus, Frau Schwesig.

Während auf dem diesjährigen Reformationsempfang in Stralsund Bischof Abromeit und Oberbürgermeister Badrow ihren Beistand und Solidarität für die Werftarbeiter und ihre Familien erklärten, fand der Ministerpräsident in seinem Grußwort nicht ein Wort der Unterstützung. Nach der Fragestunde im Landtag ist mir auch klar geworden, warum. Der Wirtschaftsminister hat auf meine Nachfrage nämlich nicht ausgeschlossen, dass die Werft dichtgemacht und verwertet wird. Das wird billigend in Kauf genommen. Schweigen und anhaltendes Lächeln hilft den Werftarbeitern in ihrer jetzigen Lage nicht, Herr SELLERING.

Wir, die LINKEN im Landtag, waren und sind solidarisch mit den Beschäftigten in der maritimen Industrie. Wir sind überzeugt, dass die maritime Industrie in Mecklenburg-Vorpommern eine Zukunft hat, denn sie ist ein industrielles Herzstück des Landes. Dafür ist allerdings ein klares Bekenntnis für die Werften und eine deutliche Unterstützung der Bundes- und der Landesregierung notwendig.

Auch in den vergangenen zwei Jahren haben wir unseren Auftrag als Opposition sehr ernst genommen, haben die Regierung kontrolliert und ihr Handeln, wenn erforderlich, angeprangert. Und wir greifen auch schon mal zum schärfsten Schwert der Opposition, einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Wir kritisieren aber nicht nur, sondern legen zugleich unsere Vorschläge und Alternativen auf den Tisch. Wir setzen uns viel mit außerparlamentarischen Initiativen auseinander, diskutieren mit ihnen ihre Anliegen und tragen sie ins Parlament, damit sie mehr Gehör finden.

Die Menschen können uns vom Kap Arkona bis an die Elbe, von der Oder bis zum Schaalsee erleben. Wir sind vor Ort, wir hören hin und wir hören zu. Berechtigte Wünsche und Forderungen setzen wir in parlamentarische Initiativen um, so werden wir für viele Menschen zum Sprachrohr. Die Bandbreite der Sorgen und Probleme ist groß, oft sind es die Dinge, die die Lebensqualität der Menschen unmittelbar beeinträchtigen. Da geht es etwa um die Schule, die es demnächst nicht mehr geben soll, um den Bahnhof, der nicht mehr angefahren werden soll, um überdimensionierte Tierhaltungsanlagen in der Nachbarschaft oder das Amtsgericht, das nach dem Willen der Landesregierung aus dem Ort verschwinden soll.

Anrede,

in den vergangenen Jahren hat die Landesregierung der Demokratie einen Bärendienst erwiesen. Mit dem angestrebten Schulfrieden sollte die Opposition mundtot gemacht werden. Den lange versprochenen Zukunftsvertrag mit den Kommunen gibt es bis heute nicht. Während die kommunale Familie unter der Finanznot leidet und viele Aufgaben kaum noch erledigen kann, schiebt die Landesregierung die dringend erforderliche Reform des Finanzausgleichs zwischen Land und Kommunen auf den Sankt Nimmerleinstag. Inzwischen erreichen die Landesregierung Brandbriefe aus dem Vorpommerschen – auch von Kommunalpolitikern der SPD und CDU.

Wir erleben, dass es SPD und CDU in diesem Land egal ist, was die Menschen bewegt. Wir erleben, dass es ihnen egal ist, wie viel Protest die Menschen auf die Straße und vor das Schloss tragen. Sie ignorieren tausendfache Unterschriften von Volksinitiativen. Mit der Arroganz der Macht werden die Bekenntnisse von vielen Tausend Menschen einfach ignoriert.

Das war bei der Volksinitiative gegen das Vorhaben der Regierung, bei den Theater- und Orchester die Axt anzusetzen, so. Das ist bei den wütenden Protesten gegen die Gerichtsstrukturreform so. Das ist bei der immer stärker werdenden Gegenwehr beim Bau riesiger Stallanlagen so. Das ist bei den Demonstrationen gegen die Stilllegung von Eisenbahnstrecken und der Taktausdünnung beim ÖPNV nicht anders. Die Menschen im Land wollen mit Ihnen, Herr Sellering, reden. Sie wollen gehört werden und sie wollen sich in der Politik wiederfinden. Aber die Menschen blicken in eine lächelnde Maske des Schweigens.

Die Große Koalition in diesem Land wischt nicht nur den Protest und die Gegenwehr vieler Bürgerinnen und Bürger einfach vom Tisch. Gleichmaßen werden Warnungen, Stellungnahmen und Alternativen von Fachleuten schlicht nicht zur Kenntnis genommen, in den Wind geschrieben oder ausgeblendet.

Ja, schon, es werden zeitaufwendige Anhörungen im Landtag anberaumt. Es werden viele schriftliche Stellungnahmen eingereicht, es werden Sachverständige geladen und gehört. Aber was ist das Ende vom Lied? Die Landesregierung und die Fraktionen von SPD und CDU behaupten dreist, sie seien in ihrem Kurs bestätigt worden. Oder sie rechnen vor, dass alle Fachleute nicht in der Lage sind, die Situation richtig einzuschätzen. Das hat Bildungsminister Brodkorb jüngst im Parlament in einer unerträglichen Art und Weise getan. Er hat den Rektoren der Universitäten und Hochschulen im Land vorgerechnet, dass das von ihnen beklagte Defizit gar nicht existiert. Im Gegenteil, das Land Mecklenburg-Vorpommern stelle den Universitäten und Hochschulen bei weitem mehr Geld zur Verfügung als es eigentlich müsste.

Ich bin überzeugt, das werden sich die Universitäten zu Recht nicht gefallen lassen. Denn diese sind tatsächlich unterfinanziert. Ihnen droht Personalabbau. Die Bedingungen für Lehre, Forschung und Studium werden sich verschlechtern. Es ist gut, dass Studierende und Rektoren an einem Strang ziehen. Während der Haushaltsberatungen demonstrierten 2000 Studentinnen und Studenten in Schwerin, um sich gemeinsam mit den Rektoren Gehör zu verschaffen. Seit einigen Tagen protestieren 200 Studierende hier in Greifswald vor dem Bürgerbüro des Ministerpräsidenten. Sie haben unsere Solidarität.

Anrede,

am Donnerstag erhielt ich folgende E-Mail:

„Sehr geehrter Herr Holter,

ich schreibe Ihnen als Orchestervorstand der Mecklenburgischen Staatskapelle: Wir möchten Sie hiermit zu einem außerplanmäßigen Staatskonzert am 23.11.2013 um 17.00 Uhr in die Marstallhalle einladen.

Wir freuen uns, dass Musikerkollegen der Staatsoper Berlin, des Philharmonischen Staatsorchesters Hamburg und Gäste aus weiteren Spitzenorchestern mit uns zusammen für eine spiel- und zukunftsfähige Mecklenburgische Staatskapelle Schwerin musizieren werden. Wie die Kollegen berichteten, werden in den angrenzenden Großstädten und Bundesländern mit großer Sorge die Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf das kulturelle Angebot in Schwerin beobachtet ...

Gerne würden wir Sie zu diesem außergewöhnlichen Konzert begrüßen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Orchestervorstand der Mecklenburgischen Staatskapelle

i.A. Thomas Probst“

Die Theater und Orchester lassen sich von Minister Brodkorb nicht länger am Gängelband führen und die Pistole auf die Brust setzen. Vor wenigen Tagen haben sie in Reaktion auf die Pläne der Landesregierung die ständige Intendantenkonferenz gegründet. Sie haben das getan, weil sie trotz weniger Personal und höheren Einnahmen kein Ende der Probleme sehen. Die Lage für die Theater wird immer unerträglicher. Die Intendanten wollen einen neuen, einen gleichberechtigten Dialog mit den Kommunen und dem Land. Das blinde Wüten in der Kulturlandschaft Mecklenburg-Vorpommerns muss ein Ende haben.

Ich bezweifle allerdings, dass dieser Appell, mit Fachleuten und deren Sachverstand die Theater- und Orchesterlandschaft zu planen, bei dieser Landesregierung auf fruchtbaren Boden fällt.

Denn Ignoranz, Arroganz und bestenfalls Schweigen und Aussitzen sind die Leitlinien des Handelns in dieser Großen Koalition.

Ich bin überzeugt, dass unser Parteitag mit den protestierenden Künstlerinnen und Künstlern solidarisch ist und zu den Theatern und Orchestern steht. Unser Parteitag sagt laut und deutlich: So nicht, Herr Sellering. So nicht, Herr Brodkorb.

Anrede,

im Übrigen hat es auch noch nie einen derart respektlosen Umgang mit dem Parlament gegeben wie ihn diese Landesregierung praktiziert – ganz nach dem Motto „Das Parlament stört nur beim Regieren“.

Entscheidungen und Beschlüsse stehen von vornherein fest, was scheren da Ergebnisse von öffentlichen Anhörungen, Diskussionen in den Ausschüssen oder Initiativen der demokratischen Oppositionsfractionen. Mangels Argumenten werfen uns SPD und CDU regelmäßig Populismus vor oder eine Politik der ungedeckten Schecks. Wie nie zuvor wird respektlos parlamentarischen Initiativen der demokratischen Opposition umgegangen.

In einer Angelegenheit allerdings möchte sich die Landesregierung ihrer ureigensten Aufgabe entledigen und diese dem Parlament überhelfen. Es geht um die Förderung der Werten im Land.

SPD und CDU wollen, dass künftig der Finanzausschuss des Landtags darüber entscheidet, ob und in welcher Höhe Bürgschaften gewährt werden. Obwohl eine Anhörung von Fachleuten zu diesem Werftenförderungsgesetzes ganz deutlich gemacht hat, dass dies klar abzulehnen ist, zucken SPD und CDU nur mit den Schultern. In gewohnter Manier wird das Vorhaben durchgezogen, koste es, was es wolle.

Dabei spricht eine ganze Reihe von Gründen gegen die geplante Praxis bei der Vergabe von Bürgschaften. Die maritimen Unternehmen selbst warnen vor diesem Verfahren, weil es Arbeitsplätze in der Branche gefährdet. Es ist viel zu kompliziert, Werften und Zulieferer werden unterschiedlich behandelt und die Anforderungen sind kaum erfüllbar. Darüber hinaus unterschreitet der Bürgschaftsrahmen den tatsächlichen Bedarf deutlich.

Wir haben von Anfang an verfassungsrechtliche Bedenken zu diesem Verfahren gehabt. Und auch diese wurden in der Anhörung in vollem Umfang bestätigt.

Nicht nur dass sich die Landesregierung vor ihrer originären Aufgabe drückt und die Entscheidung dem Finanzausschuss des Landtags zuschiebt. Zudem wird das Recht der Abgeordneten verletzt, denn wenn schon die Legislative entscheiden soll, dann ist dies Aufgabe des gesamten Parlaments und nicht eines einzelnen Ausschusses.

Geradezu absurd ist die Ankündigung der Landesregierung, dass so das Verfahren transparenter wird. Die Abstimmung über Bürgschaften soll in nicht öffentlichen Sitzungen des Finanzausschusses stattfinden, die Abgeordneten werden zu Verschwiegenheit verpflichtet. Wie das alles dann für die Öffentlichkeit nachvollziehbar werden soll, ist das Geheimnis der Landesregierung.

Der wahre Grund, warum die Landesregierung nicht mehr über Bürgschaften entscheiden will, ist, dass sie einen weiteren Parlamentarischen Untersuchungsausschuss in der Zukunft ausschließen will. Einen Untersuchungsausschuss wie den jetzigen, den wir gemeinsam mit den Grünen initiiert haben, und der die Umstände der Insolvenz der P+S-Werften untersucht und die Verantwortung, die die Landesregierung dafür trägt, ans Tageslicht befördern wird.

Wir haben gegen diese Pläne der Regierung seit ihrem Bekanntwerden im April gekämpft. Wir können das Gesetz dazu nicht verhindern. Aber wir wollen es dennoch zu Fall bringen. Dieses Gesetz fördert nicht die Werften, es bremst sie aus. Das Gesetz hat nur eine einzige Funktion: Die Regierung soll vor der Opposition geschützt werden. Sollte dieses Gesetz, so wie z.Z. geplant, durch SPD und CDU beschlossen werden, dann ziehen vor das Landesverfassungsgericht und werden dagegen klagen.

Anrede,

wann hat Schwerin das schon gesehen? Das Land steht auf für seine Amtsgerichte. Ortsverbände der CDU fordern vor dem Justizministerium den Erhalt ihres Amtsgerichtes. Richter in Roben, Rechtsanwälte und Notare, Beschäftigte an den Gerichten, Stadtpräsidenten und Bürgermeister demonstrieren gegen die Schließung von Amtsgerichten. Zu Hause im Wahlkreis gab es auch unterstützende Worte aus den Koalitionsreihen, insbesondere von der CDU. Bei der Schlussabstimmung fehlten diese mutigen Abgeordneten dann. Hatte der Fraktionsvorsitzende der CDU nicht eine selbstbewusste Fraktion angekündigt? Selbstbewusstsein sieht anders aus, Herr Kokert.

Jetzt wird es ein Volksbegehren geben. Der Staat muss für die Menschen erlebbar sein, der Staat muss für die Menschen da sein. Wir wollen den Rechtsstaat stärken. Daher unterstützen wir mit unserer ganzen Kraft das Volksbegehren für den Erhalt der Gerichte!

Anrede,

Ein bekannter Spruch heißt: „Der Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik“. Es ist doch ein Armutszeugnis, mit welcher Gleichgültigkeit der Ministerpräsident den Doppelhaushalt 2014/2015 dem Parlament vorgestellt hat. Seine Rede war belanglos und inhaltsleer, sie ging an den Problemen und Herausforderungen des Landes vorbei. Immer wieder frage ich mich wie sich das viele andere auch fragen: Wo ist der Kompass, wo sind die Leitlinien für Mecklenburg-Vorpommern?

Ja selbstverständlich, Konsolidierung und Schuldenabbau wollen auch wir.

Aber wir wollen auch Investitionen in die Zukunft, vor allem in Bildung und in die Kommunen. Dabei geht es uns gar nicht pauschal um mehr Geld. Es geht um das erforderliche Geld, um die notwendigen Mittel, damit Schulen gute Schulen werden können und Kommunen handlungsfähig und in der Lage sind, ihre vielen Aufgaben zu erledigen. Wir haben ein „Regionalbudget für Strukturentwicklung“ vorgeschlagen.

Dabei stützen wir uns auf Vorschläge der Regierung. Im Entwurf des Landesraumentwicklungsprogramms sind ländliche Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen ausgewiesen. Was mit dem Vorschlag wurde, könnt ihr euch denken.

Und was passiert jetzt auf der Zielgeraden bei den Haushaltsberatungen? Die Abgeordneten der Koalition schustern sich gegenseitig Mittel für Vereine und Projekte zu, die sich zufällig in ihren Wahlkreisen befinden. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Selbstverständlich sind die Mittel gut angelegt, und jedes einzelne Projekt findet unsere Unterstützung! Es stellt sich aber doch die Frage, warum bestimmte Projekte bzw. Einrichtungen gegenüber anderen bevorzugt werden. Ein Beispiel ist die Zuwendung für den Tierpark Ueckermünde. Andere Tierparke, die ebenso dringende Bedarfe haben, gehen leer aus. Diese haben offenbar keinen Abgeordneten der Großen Koalition in der Nähe, der sich für sie einsetzt.

SPD und CDU geht es offenbar um die Profilierung einzelner Abgeordneter in ihren jeweiligen Wahlkreisen. Es geht ihnen zudem nur um eine kurzfristige Sicherung der Projekte! Ich sage: Jedes einzelne Projekt ist wichtig und muss langfristig auf stabile Beine gestellt werden.

Eines hat uns das Gebaren der Koalition aber ganz deutlich gemacht: Es ist im Haushalt ausreichend Geld vorhanden, um die Wünsche der Koalitionsabgeordneten zu erfüllen. Damit wird unsere Einschätzung bestätigt, dass es finanzielle Spielräume gibt. Dennoch lehnen SPD und CDU regelmäßig unsere Anträge ab, die z.B. auf eine Verbesserung der Qualität in Bildung sowie eine Sicherung der Kulturförderung insgesamt abzielen. Davon würden nicht nur Einzelprojekte, sondern sehr viele Projekte im Land profitieren. Dass es finanzierbar ist, das haben die Koalitionäre selbst unter Beweis gestellt.

Anrede,

diese Woche wurde der Bericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit vorgestellt. Man mag es kaum glauben, aber auch 23 Jahre, fast eine Generation nach der Wiedervereinigung müssen wir weiterhin über Ost und West sprechen.

Auch nach 23 Jahren sind die Einkommen im Osten fast 20 Prozent geringer als im Westen. Eines sage ich Euch, liebe Genossinnen und Genossen. Wenn wir als LINKE nicht den Mindestlohn ins Spiel gebracht und diesen immer wieder eingefordert hätten, würde es in den jetzigen Koalitionsverhandlungen das Wort Mindestlohn nicht einmal geben.

Und wenn wir uns diese Zahlen anschauen, dann ist es auch nicht weiter erstaunlich, wenn das Armutsrisiko mit fast 20 Prozent in Ostdeutschland schwindelerregend hoch ist. Die Ursachen liegen auf der Hand: Schlechte Löhne, prekäre Beschäftigung, Leiharbeit, rückläufige Zahlen bei der Entlohnung nach Tarifverträgen. Nach 23 Jahren ist es doch wahrhaftig nicht zu viel verlangt, den gleichen Lohn für gleiche Arbeit in der gleichen Arbeitszeit zu fordern.

Auch nach 23 Jahren sind die Renten nach wie vor nicht angeglichen. Da hat es auch nicht geholfen, dass das im letzten Koalitionsvertrag stand. Die bisherige Bundesregierung hat schlicht und ergreifend Wortbruch begangen.

Auch nach 23 Jahren ist in den ostdeutschen Ländern die Arbeitslosigkeit fast doppelt so hoch, das Steueraufkommen und die Wirtschaftskraft liegen deutlich niedriger.

Der Fortschrittsbericht über den Stand der Deutschen Einheit ist eine Jubelarie. Fürst Potemkin lässt grüßen. Jubel über Jubel und das alles nur, um dem vereinten Volk klarzumachen, dass es nach 2019 keiner besonderen Unterstützung der ostdeutschen Länder mehr bedarf. Aber der demografische Wandel wird gerade die strukturschwachen Regionen in Ostdeutschland schneller und härter treffen als anderswo. Im Bericht der Bundesregierung wird das als Chance deklariert. Der Osten kann neue Wege gehen, Neues erproben, eine Vorreiterrolle einnehmen. Dafür muss der Bund aber ankurbeln und unterstützen, auch nach 2019. Deswegen machen wir Druck. Geht es doch um viel mehr. Es geht um die strukturschwachen benachteiligten Regionen in ganz Deutschland.

Und nun sind die ostdeutschen Ministerpräsidenten aufgewacht. Dass ich das noch erleben darf. Sie sprechen plötzlich mit einer Zunge und fordern ein besonderes Ost-Kapitel im Koalitionsvertrag. Wenn das aber so ausgeht wie die Forderung des Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern nach einer konsequenten Energiewende, dann wird es ein eigenes Kapitel für die neuen Länder nicht geben.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die permanent Ostdeutschland in den Bundestag und die Landtage bringt. Und das wird auch so bleiben, solange die Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten nicht behoben sind. Dabei bleiben wir nicht stehen. Wir sehen sehr wohl die strukturschwachen Regionen in den alten Ländern. Wir wollen mit den ostdeutschen Erfahrungen auch den abgehängten Gebieten im Westen helfen. Deswegen fordern wir eine neue Gemeinschaftsaufgabe oder einen gesamtdeutschen Pakt für regionale Strukturentwicklung.

Anrede,

es gibt ja Stimmen führender Sozialdemokraten aus unserem Land, die unter gewissen Voraussetzungen dem Koalitionsvertrag nicht zustimmen wollen.

Warum, frage ich mich, führt die SPD diese alternativlosen Verhandlungen mit der CDU? Auf die Möglichkeit, den Kanzler zu stellen, verzichtet sie bewusst. Schlimmer noch, auf den notwendigen Politikwechsel verzichtet sie wissentlich und betrügt damit die Wählerinnen und Wähler.

Ob die Abschaffung des Betreuungsgeldes und des Kooperationsverbotes, die Einführung einer Bürgerversicherung und die Angleichung der Löhne und Renten in Ost und West, keine weiteren Auslandseinsätze der Bundeswehr, mehr Tempo bei der Energiewende und vieles andere mehr. Dies alles könnte heute schon realisiert werden, wenn die SPD tatsächlich

einen Politikwechsel wollte. Dieses und noch viel mehr könnte Mecklenburg-Vorpommern heute schon bekommen, wenn die SPD denn wollte. Meine Fraktion hat jüngst in der Aktuellen Stunde des Landtags die Erwartungen an eine Große Koalition in Berlin thematisiert. Die Antwort der Koalitionsfraktionen war billige Polemik und wenig Konkretes. Ein engagierter Einsatz für unser Land sieht anders aus.

Anrede,

Der Kunstsammler Christoph Müller sagte bei der Übergabe seiner Sammlung niederländischer und flämischer Meister an das Staatliche Museum Schwerin, Mecklenburg-Vorpommern habe Natur und Kultur, diese gelte es zu bewahren. Ich stimme ihm zu. Ich füge aber hinzu, Mecklenburg-Vorpommern hat einen großen Schatz: die Menschen, die hier leben und arbeiten. Sie sind mit ihrer Scholle verbunden, sie lieben das Meer und die Seen, sie mögen den Wind ob von vorn oder von hinten. Die Menschen im Nordosten sind beharrlich und neugierig. Sie können zupacken und haben kluge Ideen.

Wir wollen, dass die Menschen mit ihren Erfahrungen und ihren neuen Ideen das Land mit gestalten. Dafür brauchen sie Vertrauen, dafür brauchen sie Freiheit im Denken und Handeln. Für die Verwirklichung ihrer Vorhaben brauchen sie die Unterstützung der Politik. Wir werden Initiativen von unten fördern.